

Solidaritätsfonds für
soziale Befreiungskämpfe
in der Dritten Welt

SOLIFONDS



◀ Die Frauen und Männer, die kämpfen und ihren Traum
von Gerechtigkeit verfolgen, werden gewinnen. ▶ MST, Brasilien

Jahresbericht 2018

Solidarität stärkt die Kämpfe für soziale Gerechtigkeit

Wenn bei uns eine Meldung eintrifft, wie jene vom 6. September, freuen wir uns, dass die Arbeit des SOLIFONDS Erfolg gezeigt hat. Damals erfuhren wir, dass der Rüstungskonzern des Bundes, die Ruag, auf den Bau einer Munitionsfabrik in Brasilien verzichtet, weil das Projekt ein Reputationsrisiko für das Unternehmen und die Schweiz darstelle. Diese Information entnahmen wir den Antworten des Bundesrats auf Vorstösse von SP-ParlamentarierInnen und erhielten so indirekt eine Antwort auf ein vom SOLIFONDS im April initiiertes Schreiben.

In diesem hatten wir zusammen mit fünfzehn mitunterzeichnenden Organisationen auf die alarmierende Gewaltsituation in Brasilien sowie die Verflechtung der Sicherheitsapparate mit der organisierten Kriminalität hingewiesen. Eine Situation, die sich angesichts der kürzlichen Wahl des Ex-Militärs Jair Bolsonaro zum neuen Präsidenten verschärfen wird. Er will den Zugang zu Waffen erleichtern und erteilt den Sicherheitskräften praktisch einen Freibrief für den Waffeneinsatz.

Im März war die Politikerin und Menschenrechtsverteidigerin Marielle Franco in Rio de Janeiro auf offener Strasse hingerichtet worden mit Munition, die an die brasilianische Bundespolizei verkauft worden war. Vor diesem Hintergrund forderten wir den Bundesrat auf,



SOLIFONDS-Präsident Hans Schächli (rechts), Buchhalterin Bianca Miglioretto, die KoordinatorInnen Aurora García, Yvonne Zimmermann und Urs Sekinger (im Uhrzeigersinn).
Foto: Susi Lindig

die geplante Ruag-Munitionsfabrik nicht zu verwirklichen. Dass diese nun nicht realisiert wird, ist eine Folge des Drucks, den wir von aussen aufgebaut haben.

Erfolge in der Schweiz und in Paraguay

Eine weitere Erfolgsmeldung erreichte uns Ende Juli. Der oberste Gerichtshof von Paraguay sprach elf landlose Kleinbauern aus Curuguaty frei. Um die Tragweite dieses Freispruchs zu erfassen und die Rolle des SOLIFONDS zu beleuchten, müssen wir etwas zurückblenden. Am 15. Juni 2012 wurde ein staatliches Landstück in Curuguaty, das von mehreren Kleinbauernfamilien besetzt und bearbeitet worden war, von der Polizei gewaltsam geräumt. Dabei starben elf KleinbäuerInnen und sechs Polizisten. Die Umstände wurden nie genau untersucht, schon gar nicht die starken Hinweise, dass eine dritte Kraft von aussen in den Ablauf der Räumung eingegriffen hatte. Das Massaker diente in der Folge als Vorwand, den populären Präsidenten Fernando Lugo, der sich für die Rechte der armen Bevölkerung einsetzte, in einem parlamentarischen Putsch aus dem Amt zu entfernen. Die verhafteten Kleinbauern, Überlebende des Massakers, wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und jetzt endlich freigesprochen.

Der SOLIFONDS hat die Vereinigung der Angehörigen der Opfer von Curuguaty während vielen Jahren begleitet und unterstützt. Angesichts der Tatsache, dass die Landoligarchie – 4 Prozent der Bevölkerung, die 90

Prozent des Landes besitzt – Politik und Justiz in Paraguay weitgehend kontrolliert, schien der Kampf für die Freilassung der gefangenen Landlosen ein fast unmögliches Unterfangen. Umso grösser ist jetzt die Freude und Erleichterung über deren Freilassung. Und einmal mehr zeigt sich, dass es bei politischen Kämpfen manchmal lange dauert, bis sich ein Erfolg einstellt.

Wir haben diese beiden Erfolge an den Anfang dieses Jahresberichts gestellt, weil wir hin und wieder mit der Frage konfrontiert werden, was unsere internationale Solidaritätsarbeit bewirke. Im Fall der Ruag-Munitionsfabrik führte unsere Arbeit bereits nach wenigen Monaten zu einem positiven Resultat, im Fall Curuguaty dauerte es mehrere Jahre. Oft ist es schwierig, bei politischen Aktionen oder Kampagnen einen unmittelbaren Erfolg zu messen – das gilt übrigens auch für die Schweiz, wenn wir etwa an den jahrzehntelangen Kampf fürs Frauenstimmrecht denken. Ein Erfolg ist für uns deshalb bereits, wenn eine Partnerorganisation zurückmeldet, unsere Solidarität habe ihr Mut gemacht und sie bestärkt, ihren Kampf fortzuführen.

Viel unsichtbare Arbeit

Der eingangs erwähnte Fall der verhinderten Ruag-Munitionsfabrik in Brasilien zeigt auf, dass wir neben den in unseren Bulletins, auf unserer Webseite oder auf Facebook kommunizierten Unterstützungsaktionen viel Arbeit leisten, die nicht oder wenig sichtbar ist. Dazu

gehören Interventionen bei staatlichen Stellen im In- und Ausland, das Verfassen oder die Mitunterzeichnung von Protestbriefen, die Begleitung von Gästen aus dem globalen Süden sowie die aktive Mitarbeit in Netzwerken, insbesondere bei MultiWatch, der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

(KEESA), der Plattform für Frieden und Solidarität und dem Brückenschlag «Zürich <--> Amed/Diyarbakir» (siehe dazu «Information und Vernetzung»). Netzwerkarbeit ist für den SOLIFONDS wichtig, weil sie ermöglicht, unseren und den Anliegen unserer Partnerorganisationen mehr Gewicht zu verleihen und sie breiter abzustützen.

« Unseren Beitragsversprechenden, Spenderinnen und Spendern, den Stiftungen, die uns auch in diesem Jahr grosszügig unterstützt haben, Ihnen allen danken wir herzlich. Diese Unterstützungen ermutigen und helfen uns, die Solidaritätsarbeit für eine gerechte Welt fortzuführen. Wir sind froh, wenn wir auch im kommenden Jahr auf Ihre Unterstützung und Ihre Solidarität zählen dürfen. »

Stiftungsrat und SOLIFONDS-Team

Arbeitsschwerpunkte 2017/2018

Schwerpunktmässig leistete der SOLIFONDS im vergangenen Jahr Unterstützungen an Gewerkschaften zur **Durchsetzung von Arbeitsrechten insbesondere von Hausarbeiterinnen**, an soziale Bewegungen, die für **partizipative Demokratie und Frieden** kämpfen oder die ihren **Lebensraum** verteidigen.

Hausangestellte arbeiten unter prekärsten Bedingungen und sind Willkür, Ausbeutung und Gewalt in allen Formen besonders ausgeliefert. Die Verabschiedung der ILO-Konvention 189 zum Schutz der Hausar-

beiterinnen im Jahr 2011 hat die gewerkschaftlichen Organisationen in diesem Bereich gestärkt und ihrem Kampf für gleiche Rechte und gesellschaftliche Anerkennung Auftrieb gegeben. Viel Arbeit ist aber nötig, um die Konvention nun in Realität umzusetzen. Das zeigen unsere Beispiele aus Ägypten, Brasilien, Togo und Südafrika eindrücklich.

Als sehr schwierig stellt sich der **Kampf für Frieden und Demokratie** sowohl in der Türkei als auch in Kolumbien heraus. Wer sich dafür einsetzt, muss mit Drohungen, Verfolgung und Übergriffen bis hin zu Mord

rechnen, oder landet aufgrund absurder Anschuldigungen im Gefängnis. Trotz dieser massiven Einschüchterungen und Repression geben soziale Bewegungen nicht auf, sie führen ihren Kampf fort und bauen weiter an Alternativen. Ein kurdischer Verleger fasste die Lage kürzlich so zusammen: «Wir können uns Hoffnungslosigkeit einfach nicht leisten.» Mit unserer Solidaritätsarbeit tragen wir dazu bei, dass soziale Bewegungen auch in schwierigen Situationen ihre Widerstandskraft behalten.

*Ebenfalls im Zentrum der SOLIFONDS-Arbeit stand die **Verteidigung von Lebensraum**. Um an Rohstoffe zu gelangen, nehmen Konzerne keine Rücksicht auf be-*

troffene Bevölkerungen und die Umwelt. In Sambia, wo das Trinkwasser durch eine Glencore-Mine verschmutzt wird, fordern die Menschen sauberes Wasser und in Kolumbien kämpfen Gemeinden gegen die Ausweitung des Bergbaus. In Westafrika und Malaysia wehren sich betroffene Gemeinschaften gegen Land Grabbing und die Ausweitung der Palmölproduktion. Landlose in Brasilien führen derweil ihren Kampf um Zugang zu Land weiter. Und dass es auch ein Recht auf Wohnen gibt, dafür setzt sich die Bewegung der SlumbewohnerInnen in Südafrika ein. Ihren Einsatz bezahlen diese Menschen vielfach damit, dass sie vertrieben, bedroht oder kriminalisiert werden.

Wie den Jahresbericht lesen?

Auf den folgenden Seiten berichten wir über all jene Aktionen, die wir im vergangenen Jahr finanziell unterstützt haben. Das wollen wir mit der grössten Transparenz auch im Rechnungsteil tun. Allerdings sehen wir uns zunehmend mit dem Problem konfrontiert, unsere Partnerorganisationen angesichts von Kriminalisierung und Repression schützen zu müssen. Wir bleiben deshalb manchmal allgemein in unseren Ausführungen und verzichten darauf, Namen von Organisationen oder Menschen zu nennen. Wir sind überzeugt, diesbezüglich auf das Verständnis unserer Spenderinnen und Spender zählen zu können.

Noch eine Bemerkung zur Lesbarkeit: Wir möchten darauf verzichten, bei jeder Aktion die Unterstützung durch den SOLIFONDS zu erwähnen. Deshalb haben wir jeweils die unterstützte Aktion oder Kampagne sowie kurz den Kontext ausgeführt und die konkrete Unterstützung in Klammer angefügt.

Haus- und Textilarbeiterinnen fordern ihre Arbeitsrechte ein

Ägypten – Frauen in Gewerkschaften stärken, Rechte von Hausarbeiterinnen erkämpfen

Trotz aller politischer Hindernisse und einer zunehmenden Repression setzt sich die unabhängige Gewerkschaftsorganisation CTUWS weiter für Gewerkschaftsfreiheit und Arbeitsrechte ein. Mit der «Permanente Konferenz der Arbeiterinnen» (PCWW) stärkt CTUWS die Stellung der Frauen innerhalb der Gewerkschaften und fördert die rechtliche Besserstellung von Hausarbeiterinnen.

Dazu fanden seit Sommer 2017 insgesamt zwölf Workshops mit 336 Teilnehmenden statt. Als Folge ist die Präsenz von Frauen in den Gremien der 107 unabhängigen Betriebsgewerkschaften stark gestiegen und zuhause des Arbeitsministeriums wurde ein Gesetzesvorschlag ausgearbeitet, der die vollen Arbeits- und Sozialrechte auch für Hausarbeiterinnen beinhaltet. (Workshops)

« Eines der wichtigsten Themen ist sexuelle Belästigung bei der Arbeit. Die Hausarbeiterinnen können nicht juristisch dagegen vorgehen, weil entsprechende Gesetze fehlen und weil die Schuld allzu oft den Frauen selbst zugeschrieben wird. »

Permanent Conference of Working Women

Brasilien – Hausarbeiterinnen kämpfen für ihre Rechte

«Im Moment erleben wir viele Rückschläge, besonders als schwarze Frauen. Daher ist es nötig, dass wir weiter für die Rechte von Hausarbeiterinnen kämpfen. Eure Solidarität ist dabei sehr wichtig.» Dies schrieb uns Sindoméstico, die Gewerkschaft von Hausarbeiterinnen im brasilianischen Bundesstaat Bahia. In Brasilien arbeiten rund acht Millionen Menschen in Haushalten der Mittel- und Oberschicht. Die meisten von ihnen sind schwarze

Frauen, viele von ihnen arbeiten seit Kindesalter und ohne Arbeitsvertrag. 2015 wurden HausarbeiterInnen zwar per Gesetz anderen ArbeiterInnen gleichgestellt. Die Realität hinkt dem Gesetz allerdings weit hinterher, so dass die Hausangestellten weiterhin unter sehr prekären Bedingungen arbeiten. Aktuell führt die Gewerkschaft in den Wohnvierteln der Hausarbeiterinnen eine Kampagne zu ihren Rechten durch. (Kampagne)



Togo – Junge Hausarbeiterinnen vom Land fordern Arbeitsrechte und Schutz

Obwohl viele junge Frauen und Mädchen in Togo aus ländlichen Gegenden in die Städte ziehen, um einen Job als Hausarbeiterin zu suchen, existieren sie in der öffentlichen Wahrnehmung nicht. Die gewerkschaftliche Organisation ADDAD (Association de Défense des Aides Domestiques) führt mit den Hausarbeiterinnen

Workshops durch, an denen sie sich mit ihrer Situation auseinandersetzen und konkrete Schritte zu deren Verbesserung planen. Dieses Jahr fordern sie schriftliche Arbeitsverträge und eine Anlaufstelle in den Städten zur Information und zum Schutz für die jungen Hausarbeiterinnen vom Land. (Workshops)

Südafrika – Gewerkschaft zeigt Gewalt gegen Hausarbeiterinnen auf

Hausarbeiterinnen gehören zu den am meisten von Gewalt betroffenen Arbeiterinnen – in allen Formen. Die Hausarbeiterinnengewerkschaft SADSAWU führte deshalb mehrere Workshops zu diesem Thema durch. Ziel war es, Material für die diesjährige ILO-Konferenz zum

Thema geschlechtsspezifische Gewalt zusammenzutragen. «Wir waren schockiert festzustellen, wie weit verbreitet Gewalt gegen die Hausarbeiterinnen als Frauen und wie tabuisiert dieses Thema ist», hielt die Gewerkschaft fest. (Workshops)

Myanmar – Gewerkschaft wehrt sich gegen absurde Schadenersatzklage

Seit der vorsichtigen politischen Öffnung und der Aufhebung der internationalen Sanktionen wächst Myanmars Textilindustrie rasant, immer mehr ausländische Firmen verlagern ihre Produktionsstätten dorthin. Wer jedoch gewerkschaftlich aktiv ist, bekommt schnell Repression zu spüren. So auch Gewerkschafterin Myo Myo Aye von

der Gewerkschaft Solidarity of Trade Union Myanmar, die 2017 einen Streik von TextilarbeiterInnen organisiert hatte. Deswegen sieht sich Aye unter anderem mit einer horrenden Schadenersatzklage konfrontiert und musste bereits 16-mal vor dem Obersten Gerichtshof in der Hauptstadt Naypyidaw erscheinen. (Rechtshilfe)



Vielfältige Initiativen, um Frieden und Demokratie zu erkämpfen

Türkei/Kurdistan: Widerstand leisten für Demokratie, Meinungsfreiheit, Rechtsstaat und Frieden

Im Herbst 2016, wenige Wochen nach dem fehlgeschlagenen Putsch gegen Präsident Erdogan, wurden in der Türkei, speziell in Nordkurdistan, aufgrund des Ausnahmezustands insgesamt zwölf TV- und elf Radiosender geschlossen und die Angestellten entlassen. Es handelte sich vornehmlich um Sender, die in kurdischer Sprache gesendet und kritische Positionen zum Regime Erdogan vertreten hatten. Von der Schliessung betroffen war auch eine Nachrichtenagentur für Frauen, die ausschliesslich aus Journalistinnen besteht. Auf Kurdisch, Türkisch, Sorani und Englisch produzierte sie unabhängige Medienerzeugnisse, welche über gesellschaftlich-politische Themen aus der Sicht von Frauen berichteten.

Schliessung bedeutet immer auch Verhaftung von Journalistinnen und Journalisten sowie die Beschlagnahme von Notebooks, Kameras, Studioeinrichtungen. «In diesem Land nimmt die Intoleranz gegenüber anderen Stimmen und Meinungen täglich weiter zu. Abgesehen von der kurdischen und der oppositionellen Presse ist die an der Macht befindliche AKP-Regierung gewillt, alle Presseorgane zum Schweigen zu bringen, welche eine abweichende Meinung haben», schrieb eine

Gruppe von Journalistinnen und Journalisten, welche sich nicht mit dieser Entwicklung abfinden wollen. Trotz grösster Bedrohung sind sie in der Türkei geblieben und verbreiten unter schwierigsten Bedingungen unabhängige Informationen, die auch die Menschen in den angrenzenden Gebieten in Syrien und Irak erreichen.

Wenn wir in dieser Situation den JournalistInnen ermöglichen, die Miete für einen Redaktionsraum oder Reisespesen zu begleichen oder eine Kamera zu kaufen, dann geben wir ihnen nicht nur ihre «Arbeitsinstrumente» zurück. Es ist, wie sie sagen, auch ein ermutigendes Zeichen der Solidarität. (Miete, Spesen, Material)

Malen wird zum Verbrechen

Ein Gemälde, das die Zerstörung der Stadt Nusaybin durch die türkische Armee thematisierte, wurde der Künstlerin zum Verhängnis. Sie wurde dafür zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Ihre Bilder entgingen nur knapp einer Beschlagnahme. Sie konnten noch rechtzeitig ausser Land gebracht werden und sind nun auch schon an Ausstellungen gezeigt worden. Eine Beteiligung unsererseits an den Transportkosten war hilfreich. (Transport)

Solidarische Akademien

Unter den über 150'000 Staatsangestellten, die nach dem Putschversuch im Juni 2016 in der Türkei entlassen wurden, befinden sich zahlreiche Akademikerinnen und Akademiker. Sie hatten zu Beginn jenes Jahres in einem öffentlichen Aufruf für Frieden in Nordkurdistan und für ein Ende der Menschenrechtsverletzungen aufgerufen. Kritisches Denken und vielfältige Lernformen sind damit aus dem Lehrbetrieb verschwunden. Betroffene Studentinnen und Studenten haben deshalb im

August ein mehrtägiges Sommercamp organisiert. Es führte Studierende und entlassene AkademikerInnen aus allen Landesteilen zusammen. Das Sommercamp ermöglichte inhaltliche Auseinandersetzungen und methodische Formen, wie sie vor dem Ausnahmezustand an den Universitäten möglich waren. Für die Teilnehmenden war es denn auch ein voller, wenn auch zeitlich befristeter Erfolg. Wie die JournalistInnen wollen sie an der Freiheit des Denkens festhalten und planen weitere Aktivitäten. (Sommercamp)

« Obwohl unsere Arbeit laufend blockiert wird, suchen wir nach Wegen, weiter unabhängig publizieren zu können. Denn wir sind den ethischen Prinzipien des Journalismus und dem Recht auf Information der Menschen verpflichtet. »

Entlassener Journalist

Frieden und Demokratie auch hier einfordern

Die Situation in der Türkei wird noch geraume Zeit unsere Solidarität mit den Menschen dort erfordern. Hierzu hat eine Gruppe, bestehend aus VertreterInnen von Solidaritätskomitees in Basel, St. Gallen und Zürich, der SP Schweiz und der Grünen sowie der Gewerkschaften, koordiniert vom SOLIFONDS, die «Plattform für Frieden und Demokratie» erarbeitet. Sie drückt eine gemeinsame politische Haltung aus und will die Solidarität mit den Menschen in der Türkei stärken.

Die Plattform fordert demokratische Verhältnisse in der Türkei, die Freilassung aller politischer Gefangenen, die Wiederaufnahme der Friedensgespräche für Nordkurdistan und die Wiedereinstellung der entlassenen Staatsangestellten. In Bezug auf die Schweiz verlangt die Plattform eine konsequente Einhaltung der Menschenrechte durch die Türkei als Basis von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und eine rasche Aufnahme jener Menschen als Flüchtlinge, die aus politischen Gründen fliehen mussten.

Kolumbien – soziale Bewegungen setzen sich für Frieden und Menschenrechte ein

In Kolumbien hat Gewalt gegen soziale Bewegungen einen neuen erschreckenden Höhepunkt erreicht. Im August trat mit Iván Duque ein Zögling des Rechtsaussenpolitikers Alvaro Uribe die Präsidentschaft an. Für den stockenden Friedensprozess und für soziale Bewegungen sind dies keine guten Aussichten.

Weiter für den Frieden mobilisieren

Jedoch hat die Wahlkampagne «Colombia Humana» eine breite Mobilisierung für eine politische Alternative ausgelöst. In der Stichwahl um die Präsidentschaft erreichte sie denn auch acht Millionen Stimmen (42 Prozent). Darauf aufbauend bereitete der Congreso de los Pueblos, ein Zusammenschluss aus einer Vielfalt von sozialen Bewegungen, für Oktober eine breite Versammlung vor, die «Asamblea Legislativa Popular», um weiterhin für eine Alternative zu kämpfen und im Dialog mit anderen Sektoren eine Agenda für die kommenden Jahre zu erarbeiten. (Reisekosten Versammlung)

Frauen bringen sich in den Friedensprozess ein

Derweil hat die Frauenbewegung im Cajibío, Cauca, Partizipationsmöglichkeiten von Frauen aus ihren Lebensrealitäten als Bäuerinnen, Indígenas und Afrokolumbianerinnen im Friedensprozess diskutiert. Daraus entstanden Vorschläge, wie das Abkommen zwischen

FARC-EP und Regierung in der Region umgesetzt werden kann, und es wurden Möglichkeiten erörtert, wie sich die Frauen bei den Friedensgesprächen zwischen der Regierung und der ELN-Guerilla einbringen können. An den «territorialen Dialogen von Frauen für den Frieden» wurden die Vorschläge weiterentwickelt, um in die Friedensgespräche einzufließen. (Diverse Treffen)

Tägliche Arbeit für den Frieden sichtbar machen

Die alternative Medienplattform Colombia Informa arbeitet darauf hin, die Stimmen der sozialen Bewegungen hörbar zu machen, welche Partizipation einfordern und auf eine gerechte und egalitäre Gesellschaft hinarbeiten. Dafür hat Colombia Informa einen Kurs für Medienarbeit mit Schwerpunkt Friedensperspektiven durchgeführt. Ziel ist, mit Hilfe der KorrespondentInnen aus sozialen Bewegungen Räume der Diskussion zu schaffen und sichtbar zu machen, wie Frieden tagtäglich geschaffen wird: durch die Bewegungen, die Alternativen aufbauen und Vorschläge zur Beendigung des Konflikts in ihrer Region erarbeiten. (Medienkurs für soziale Bewegungen)

Stärkung der Menschenrechtsarbeit

Während des Friedensprozesses ist nicht nur die Zahl der Übergriffe gegen soziale Bewegungen angestiegen. Bewegungen sind auch verstärkt von Kriminalisierung

und konstruierten Anklagen betroffen. Die Menschenrechtsorganisation Pasos hat deshalb 40 AktivistInnen von sozialen Bewegungen zu Menschenrechten ausgebildet. Pasos betont, dass es gerade während des Frie-

densprozesses wichtig ist, Menschenrechtsverletzungen anzuklagen und einzufordern, dass die Täter vor Gericht gestellt werden. Noch immer besteht praktische Straflosigkeit. (Schulung zu Menschenrechten)

Togo: Grosse Hoffnung auf demokratische Veränderungen

BürgerInnenbewegung «Togo debout»

Seit Sommer 2017 hat sich in Togo eine breite Protestbewegung gebildet. Auslöser der Proteste war eine von Präsident Faure Gnassingbé angekündigte Verfassungsreform, welche die Protestbewegung als «demokratisches» Manöver zur Absicherung seiner Macht für weitere zehn Jahre versteht. Die Proteste werden unter anderem von der BürgerInnenbewegung «Togo debout» getragen. Unsere Partnerorganisation, die Bau- und HolzarbeiterInnengewerkschaft FTBC, ist eine der tragenden Kräfte von «Togo debout».

Aufgrund der Proteste sahen sich die Präsidenten der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO gezwungen zu vermitteln und setzten Neuwahlen für November 2018 an. Das hat erneut den Unwillen der Protestbewegung hervorgerufen, denn der kurze Zeitraum verhindert die notwendige Überarbeitung der Wählerregister und eine Neuzusammensetzung der Wahlkommission. Die Mobilisierungen werden also weitergehen.

Rechtshilfe in politischen und Arbeitskonflikten

Während den Protestaktionen kam und kommt es laufend zu Verhaftungen, insbesondere von Führungspersonen. Dank schnellen Interventionen durch Rechtsanwälte schon in den Polizeistationen ist ein Grossteil der Verhafteten bis anhin innert kurzer Zeit wieder freigekommen.

Rechtshilfe war auch im Arbeitsbereich erforderlich. Derzeit werden in Togo grosse Infrastrukturvorhaben durch chinesische Firmen durchgeführt. Diese halten sich nicht an die eh schon rudimentären gesetzlichen Vorgaben im Arbeitsrecht und gehen hart gegen Arbeiter vor, schnell auch mit Entlassungen. Dagegen führte die BauarbeiterInnengewerkschaft FTBC Prozesse und erreichte die Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitern.

Die FTBC denunziert die unhaltbaren Zustände ausserdem an der diesjährigen ILO-Konferenz in Genf. (Mobilisierungen, Rechthilfe, Reisekosten)



Seit Monaten setzen sich AktivistInnen in Togo für ein Ende der Clanherrschaft ein.

Foto: Togo debout

Land, Wasser und Lebensraum – die lebensnotwendigen Güter verteidigen

Sambia – Minenbetroffene Gemeinde kämpft für sauberes Wasser

In Mufulira prangern die BewohnerInnen der Quartiere rund um die Kupfermine Mopani, mehrheitlich im Besitz des Schweizer Rohstoffkonzerns Glencore, seit vielen Jahren die schlechte Trinkwasserqualität an. Das Mufulira Civil Society Organisations Forum, eine Plattform verschiedener lokaler NGO, hat deshalb zusammen mit BewohnerInnen der betroffenen Quartiere eine Kampagne für sauberes Wasser lanciert.

Die Minenbetreiberin Mopani, die das Wasser aufbereitet, und die Wasserversorgungsfirma Mulonga,

die das Wasser an die Haushalte liefert, sollen mit der Kampagne unter Druck gesetzt werden, endlich für sauberes Wasser zu sorgen. Das Forum liess verschiedene Wasserentnahmen testen – mit erschreckendem Resultat: Das Wasser ist mit Blei und dem als krebserregend eingestuften Kadmium verseucht. Die beiden Firmen mussten anerkennen, dass es ein Problem mit der Wasserqualität gibt. Nun müssen Mopani und Mulonga Massnahmen umsetzen, damit die Bevölkerung sauberes Trinkwasser hat. (Kampagne)

Brasilien – Landlose verteidigen die Demokratie und kämpfen für eine Landreform

Brasilien erlebt aktuell seine grösste Krise seit dem Ende der Militärdiktatur. Repression und Gewalt gegen die untersten Bevölkerungsschichten haben drastisch zugenommen. Für die sozialen Bewegungen ist klar, dass sie ihre Mobilisierungen verstärken müssen, um grundlegende Rechte zu verteidigen. Seit die Regierung Temer die Macht übernommen hat, ist auch der Kampf um Land härter geworden. Noch immer gibt es mindestens 175 Millionen Hektaren ungenutztes Land, während über vier Millionen BäuerInnen kein Land haben. Die Landlo-

senbewegung MST führt deshalb Besetzungen von brach liegenden Grundstücken durch und schafft Druck für die in der Verfassung verankerte Landreform. Im Juli hat sie im Bundesstaat Minas Gerais ein ungenutztes Landstück eines Unternehmers besetzt. Dieser wurde wegen Korruption verurteilt, die Enteignung seiner Ländereien geht aber nicht voran. Seit der Präsidentenwahl im Oktober hat der Druck auf MST weiter zugenommen, der neue rechtsextreme Präsident Bolsonaro will die Bewegung zur Terrororganisation erklären lassen. (Mobilisierung)



Neben der Glencore-Mine in Sambia: Wasser- und Bluttests bei Kindern weisen Blei und Kadmium nach.

Foto: Mufulira CSO Forum

Südafrika – SlumbewohnerInnen wehren sich gegen Vertreibungen

Slums sind bis heute in vielen Teilen im vom ANC regierten Südafrika nicht verschwunden. Die Menschen leben dort in Holz-, Karton- und Blechverschlägen. Es gibt keinen direkten Zugang zu Trinkwasser und Elektrizität. Die BewohnerInnen müssen ständig damit rechnen, von den Gemeinden, dem Staat oder privaten Land-

besitzern vertrieben zu werden. SlumbewohnerInnen im ganzen Land haben sich in der Basisorganisation Abahlali baseMjondolo zusammengeschlossen. Sie vertritt SlumbewohnerInnen gegen aussen, fordert das Recht auf Wohnen als Menschenrecht ein und will dieses auch juristisch durchsetzen. (Kampagne Recht auf Wohnen)

Nigeria: Landkämpfe gegen Palmölplantagen

Im nigerianischen Bundesstaat Edo verteidigen DorfbewohnerInnen ihr Land gegen Palmölmultis wie Okomu/SOCFIN. Der bisherige lokale Widerstand wurde jedoch rasch vom Militär unterdrückt. Um den Widerstand zu stärken und die Dorfgemeinschaften untereinander zu

vernetzen, haben AktivistInnen eine Informationstour durchgeführt. Während der Tour wurden die betroffenen DorfbewohnerInnen über ihre Rechte informiert, gemeinsam diskutierten sie, wie sie sich wehren können. (Informationstour)

Malaysia – Indigene Dorfgemeinden kämpfen gegen Landraub für Palmölplantagen

Im malaysischen Bundesstaat Sarawak wird immer mehr Regenwald für Palmölplantagen gerodet. Dorfgemeinden wehren sich gegen die Zerstörung des Walds und gegen ihre Vertreibung. Aktuell sind 479 Gerichtsklagen gegen Firmen und Behörden, welche sich über die Landrechte der indigenen Bevölkerung hinwegsetzen, hängig. 33 Fälle haben Gemeinden mit Unterstützung

der Menschenrechts- und Umweltorganisation SADIA gewonnen. Diese Arbeit wird jedoch erschwert, seit im Juli das Landgesetz auf Kosten der indigenen Landrechte revidiert wurde. Umso wichtiger ist, dass die Organisation SADIA ihre Arbeit fortführt. Unermüdlich reisen AktivistInnen in die Dörfer und begleiten sie im Kampf gegen Landraub. (Kampagne, Rechtshilfe)

Kolumbien – betroffene Gemeinden wehren sich gegen Extraktivismus

«Wasser ist mehr wert als Gold!» Mit diesem Motto kämpft die Bevölkerung der Gemeinde Cajamarca im bergigen Departement Tolima gegen eine der grössten geplanten Tagebau-Goldminen. Im März 2017 sprachen sich in einer Volksbefragung 98 Prozent der Stim-menden gegen die Mine aus – ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen die forcierte Bergbaupolitik. In der Folge führten zahlreiche weitere Gemeinden Abstimmungen zu geplanten extraktiven Projekten durch. Und bei allen sprachen sich die Stimmenden mit über 95 Prozent gegen diese Projekte aus. Obwohl das Verfassungsgericht 2016 solche Abstimmungsergebnisse als verbindlich erklärt hatte, versucht die Zentralregierung nun, Volksbefragungen zu Meinungsäusserungen ohne Konsequenzen herabzustufen und ihre Durchführung zu behindern. Anfang Juni organisierten deshalb soziale Bewegungen eine Grossmobilisierung in der Departementshauptstadt Ibagué. Über 100'000 Menschen forderten, dass die in der Verfassung und in Gesetzen festgelegten Mechanismen der Partizipation respektiert werden müssen. (Mobilisierung)

Gemeinden diskutieren Alternativen zum Bergbau

Im Norden von Tolima führt die Cooperativa Culturalizamos Sensibilisierungsarbeit zu Bergbau durch. In der Gemeinde Líbano wurden zahlreiche Konzessionen

vergeben und, um Energie für die Minen zu schaffen, sollen mehrere Flusskraftwerke errichtet werden. In den verstreuten Weilern diskutieren AktivistInnen mit Bauern und Bäuerinnen darüber, was die Minen und Kraftwerke für Auswirkungen auf die Umwelt und Lebensbedingungen der AnwohnerInnen haben würden. Ebenfalls geht es darum, Alternativen für die Region zu entwickeln. Diese war vom Konflikt stark betroffen, heute ist sie von Abwanderung und Armut geprägt. (Informationskampagne)

Solidaritätskarawane stärkt soziale Bewegungen

Weit verbreitet ist die Ölförderung in der zentralöstlichen Region Kolumbiens. Das Netzwerk von Gewerkschaften und Sozialbewegungen REDHER hat deshalb im August eine zehntägige Solidaritätskarawane in dieser Region durchgeführt. An Treffen mit betroffenen Gemeinden, darunter indigene Gemeinschaften, Siedlungen vertriebener Menschen, aber auch BewohnerInnen der städtischen Peripherie, wurde die Realität rund um die Ölförderung in Kolumbien aufgezeigt: Missachtung indigener Rechte, Wasserkonflikte, Militarisierung, Paramilitarisierung und Gewalt sind nur einige Stichworte. Ziel der Karawane war es, die Probleme von Ölförderung und Bergbau aufzuzeigen, ebenso aber die von den sozialen Bewegungen aufgebauten Alternativen sichtbar zu machen und zu stärken. (Transport)



Pakistan – unermüdlicher Kampf der Heimarbeiterinnen zeitigt Erfolg

«Wir haben gute Nachrichten: das Parlament der Provinz Sindh hat ein Gesetz verabschiedet, das HeimarbeiterInnen erstmals als ArbeiterInnen anerkennt.» Dies schrieb uns im Mai Zehra Khan vom pakistanischen Verband der Heimarbeiterinnengewerkschaften (HBWWF). Seit 13 Jahren haben sich in Pakistan Heimarbeiterinnen in Gewerkschaften zusammengeschlossen und kämpfen für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Als letztes Glied einer langen Kette von Auslagerungen ar-

beiten sie bei sich zu Hause und verdienen einen Bruchteil des Lohns einer auch schon unterbezahlten Fabrikarbeiterin. Nun hat die Arbeit ihres Verbands, den der SOLIFONDS wiederholt unterstützt hat, Erfolg gezeigt: Gemäss dem neuen Gesetz sollen fünf Millionen HeimarbeiterInnen, 80 Prozent von ihnen Frauen, Zugang zu denselben Sozialversicherungen erhalten wie ArbeiterInnen der Industrie. Die Provinz Sindh nimmt damit eine Vorreiterrolle ein, auch weltweit.

Kamerun – Umweltaktivist Nasako Besingi freigelassen!

Nasako Besingi und seine Basisorganisation SEFE (Struggle to Economize Future Environment) unterstützten Gemeinschaften in Westkamerun in ihrem Kampf gegen das Palmölprojekt des Unternehmens SG Sustainable Oils Cameroon (SGSOC). Im Herbst 2017 besuchten deshalb SEFE-Leute zahlreiche Gemeinschaften. Dabei wurde Besingi von Sicherheitskräften festgenommen und während mehreren Tagen festgehalten. Eine internationale Solidaritätskampagne, an der sich der SOLIFONDS aktiv beteiligte, forderte

seine sofortige Freilassung. Erst nach einigen Tagen wurde die offizielle Anklage bekannt, darunter Anstiftung zum Aufruhr. Einen Monat nach seiner Festnahme wurde Besingi freigelassen. Danach schrieb er uns: «Es gibt keinen Zweifel, dass meine Festnahme mit meiner Arbeit gegen SGSOC zusammenhing.» Aufgrund des inzwischen bürgerkriegsähnlichen Zustands in Westkamerun kann Nasako Besingi nicht mehr in seine Heimatregion zurückkehren. Aber sein Engagement gegen die Ausdehnung von Palmölplantagen geht weiter.



Neben der finanziellen Unterstützung ist die Information über Kampagnen und Aktionen unserer Partnerorganisationen und deren Hintergründe ein wichtiges Anliegen des SOLIFONDS. Dazu stehen uns als Mittel unsere Informationsbulletins, der Newsletter und neuerdings auch unsere Facebook-Seite zur Verfügung. Ebenso ist jedoch die Vernetzung mit anderen Organisationen in der Schweiz und in Europa von grosser Bedeutung für unsere Arbeit, um mehr Reichweite und Gewicht zu erlangen.

Bildung / Veranstaltungen

30./31.10.17: Anlässlich des Besuchs von Zehra Khan vom pakistanischen Verband der Heimarbeiterinnen HBWWF organisieren wir Treffen mit Unia und dem SGB, mit der Denknetz-Kommission zu Prekarität, mit WIDE (Women in Development Europe) und Sans-Papiers-Anlaufstellen, mit Solidar und CCC/Public Eye. In der Folge verabschiedet der SGB-Frauenkongress im Januar die Resolution «Internationale Solidarität: Schutz und Gewerkschaftsrechte für Heimarbeiterinnen».

18.11.: Beitrag an den Filmtagen im Breitschträff Bern zum Thema «Drecksgeschäfte» im Anschluss an den Film «Bottled Life» über Nestlé.

13./14.3.: Mitunterstützung diverser Veranstaltungen der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien zum Thema Friedensprozess in Kolumbien, mit María Eugenia Ramírez vom Instituto Latinoamericano para una sociedad y un derecho alternativo (ILSA) und Adriel Ruiz von der Fundación Espacios de Convivencia y Desarrollo Social.

1.5.: Teilnahme an einem Netzwerktreffen in Zürich mit in IndustriAll zusammengeschlossenen Gewerkschaften von Glencore-Minen und diversen NGO.

3./4.7.: Im Lehrgang «Management in gewerkschaftlichen Organisationen» des Bildungsinstituts der Gewerkschaften movendo führt der SOLIFONDS einen ein- und zweitägigen Kurs zu Globalisierung und internationaler Solidarität durch.

8.9.: Gemeinsam mit E-Changer und Voz do Cerrado laden wir zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung in Bern zur Situation der indigenen Bevölkerung und zur aktuellen politischen Situation in Brasilien vor den Wahlen ein, mit Sylvie Petter und Djalma Costa von E-Changer.

14.9.: Anlässlich des Erscheinens des Buchs «Efrîn – Der Berg der Kurden» organisieren wir zusammen mit der Redaktion WIDERSPRUCH eine Informationsveranstaltung mit dem Autor Thomas Schmidinger.

3.10.: Im Rahmen des «Brückenschlags» führen wir eine Mahnwache zur Freilassung von Gültan Kisanak,

Co-Bürgermeisterin von Diyarbakir durch. 2016 war sie nach einem Besuch in Zürich verhaftet worden.

Vernetzung

Weltsozialforum / FAMA2018 in Brasilien

9.-22.3.: Der SOLIFONDS nimmt am Weltsozialforum in Salvador de Bahia, Brasilien, teil, ebenso wie an dem von E-Changer organisierten Vorprogramm mit diversen Treffen, unter anderem mit der Landlosenbewegung MST und der HausarbeiterInnengewerkschaft Sindoméstico. Gleich anschliessend findet in Brasilia das Alternative Weltwasserforum FAMA2018 statt. Nach der Teilnahme an diesem nutzt der SOLIFONDS die Gelegenheit für Besuche in Landbesetzungen des MST sowie bei der Obdachlosenbewegung MTST.

Delegationsreise Almería

29.-30.6.: Teilnahme an einer Delegationsreise des SOLIFONDS und des Europäischen BürgerInnenforums nach Almería: Treffen mit der LandarbeiterInnengewerkschaft SOC-SAT und ErntehelferInnen sowie FabrikarbeiterInnen.

Solidarität Türkei/Kurdistan

In Ergänzung unserer Unterstützungsaktionen in der Türkei arbeitete der SOLIFONDS an der Ausarbeitung

der «Plattform für Frieden und Solidarität» mit (siehe Seite 10) und beteiligte sich an den fortlaufenden Aktivitäten des «Brückenschlags Zürich <-> Amed/Diyarbakir».

KEESA

Im Rahmen seiner Mitarbeit in der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika (KEESA) hat sich der SOLIFONDS aktiv an der Organisation und Durchführung der Tagung «The New Debt: Structural adjustment, loans, corruption and profits – the case of Mozambique » am 18. November 2017 beteiligt. Thematisiert wurde insbesondere die Rolle der Credit Suisse bei der Vergabe von Geheimkrediten an Mosambik.

MultiWatch

MultiWatch beobachtet seit 2005 die Tätigkeiten von multinationalen Konzernen mit Sitz in der Schweiz, um öffentlich zu machen, wo diese Menschenrechte verletzen und an Konflikten beteiligt sind. Der SOLIFONDS engagiert sich im Vorstand und in Arbeitsgruppen von MultiWatch und beteiligt sich aktiv an der Organisation öffentlicher Veranstaltungen und Aktionen. Dieses Jahr

stand insbesondere die Vorbereitung und Durchführung des Forums gegen Water Grabbing im Zentrum, das vom 19. bis 21. Oktober mit zahlreichen internationalen Gästen in Bern durchgeführt wurde. (www.multipwatch.ch)

CCC

Der SOLIFONDS ist Mitglied der Clean Clothes Campaign Schweiz und pflegt aktiven Austausch sowie Zusammenarbeit mit dem Netzwerk, um die Forderungen

Treffen / Besuche

Sie sind auf Durchreise oder nehmen an einer Konferenz in der Schweiz teil und benutzen diese Gelegenheit, um sich mit dem SOLIFONDS auszutauschen.

Über den Besuch von *Zehra Khan* von den Heimarbeiterinnengewerkschaften in Pakistan haben wir auf Seite 21 berichtet. *Francía Márquez* vom PCN (Proceso de Comunidades Negras) in Kolumbien informiert an einem Treffen zur aktuellen Situation der afrokolumbianischen Gemeinden, zum Vordringen von Minenunternehmen und Paramilitärs und vom Widerstand der Frauen. Anlässlich der Holcim-Generalversammlung weilt *Shalini Gera* von der PCSS (LeiharbeiterInnengewerkschaft bei Holcim Indien) in der Schweiz. Eine gute Gelegenheit für einen Austausch zur Lage in Indien und zur PCSS. Mit *Ayao Gbandjou* von der Gewerkschaft FTBC-Togo

der TextilarbeiterInnen nach fairen Anstellungsbedingungen und Existenz sichernden Löhnen zu stärken.

Kolumbien-Plattform

Der SOLIFONDS ist Teil der Koordination von Nichtregierungsorganisationen, die in Kolumbien Projekte unterstützen – eine wichtige Stelle der Vernetzung, der gegenseitigen Information sowie für gemeinsame Protestschreiben.

können wir uns anlässlich eines Besuchs über die gewerkschaftlichen Herausforderungen aufgrund der massiven Präsenz chinesischer Unternehmen in Togo, die politische Lage und die Mobilisierungen für Demokratie austauschen. *Cynthia Osorio* von den Guardianes de las Semillas in Kolumbien berichtet uns an einem Treffen über den Aufbau gentechfreier Gemeinden. Mit *Djalma Costa*, Koordinator für E-Changer in Brasilien, tauschen wir uns zur ungewissen Situation in Brasilien im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen aus. Das Forum gegen Water Grabbing gibt uns Gelegenheit für Diskussionen mit *Michelle Capuchinho* von der Landlosenbewegung MST und *Moisés Borges* von der Bewegung von Staudamm-betroffenen MAB in Brasilien sowie mit *Ercan Ayboga* von der Mesopotamischen Umweltbewegung.

Bilanz		30.09.17	30.09.18
		CHF	CHF
Umlaufvermögen		283'299.04	367'121.37
Flüssige Mittel		270'880.39	333'092.87
- Postcheck CHF		36'804.90	88'989.73
- E-Depositenkonto Postfinance		120'021.75	120'021.75
- Zürcher Kantonalbank, Sparkonto		114'053.74	114'081.39
Übrige kurzfristige Forderungen		11'768.65	52.40
Aktive Rechnungsabgrenzungen		650.00	33'976.10
Anlagevermögen		83'138.00	83'430.90
Finanzanlagen		83'137.00	83'429.90
Sachanlagen		1.00	1.00
Aktiven		366'437.04	450'552.27
Kurzfristiges Fremdkapital		20'380.45	76'600.35
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten		6'155.45	4'503.15
Passive Rechnungsabgrenzungen		14'225.00	72'097.20
Langfristiges Fremdkapital		226'981.86	263'417.25
Rückstellungen		226'981.86	263'417.25
- Rückstellungen aus Beitragsversprechen		83'316.40	89'846.10
- Rückstellungen aus 1. Mai		0.00	9'270.35
- Rückstellung Aktionskasse		90'684.47	117'870.51
- Informationsfonds		42'232.19	35'683.49
- Recherchierfonds Schweiz-Südafrika		10'746.80	10'746.80
Stiftungsvermögen		119'074.73	110'534.67
Freies Stiftungsvermögen		119'074.73	110'534.67
- Gewinnvortrag oder Verlustvortrag (-)		111'065.55	119'074.73
- Jahresgewinn oder Jahresverlust (-)		8'009.18	- 8'540.06
Passiven		366'437.04	450'552.27

Jahresrechnung per 30. September 2018

Erfolgsrechnung

	2016/17		2017/18	
	CHF		CHF	
Stiftungsertrag	+	167'980.75	+	156'196.50
Beiträge und freie Spenden				
- Beiträge Stifter	+	166'859.90	+	154'318.30
- Beiträge Mitrifter	+	42'000.00	+	42'000.00
- Freie Spenden	+	2'015.00	+	2'015.00
		122'844.90		110'303.30
Übriger Betriebsertrag				
- Honorare	+	1'120.85	+	1'878.20
- Verwaltungskostenbeiträge	+	0.00	+	1'100.00
- Finanzertrag	+	600.00	+	600.00
		520.85		178.20
Verwaltungsaufwand	-	159'974.57	-	163'983.71
Koordinationsaufwand				
- Personalaufwand	-	149'271.95	-	154'306.50
- Betriebsaufwand Koordination	-	181'013.35	-	178'818.95
- Ertrag aus Kostenanteil für Projektbearbeitung (20 %)	+	23'868.80	-	23'818.80
		55'610.20		48'331.25
Informationsaufwand				
- Betriebsaufwand Information	-	10'689.62	-	9'677.21
- Werbekampagne	-	34'523.87	-	33'438.91
- Ertrag aus Kostenanteil für Informationsaufwand (10 %)	0.00	0.00	-	3'449.65
- Entnahme (+) / Einlage (-) Informationsfonds	+	23'824.25	+	20'662.65
		0.00		6'548.70
Unterstützungsaktionen – Ertrag/Aufwand	0.00	0.00	0.00	0.00
Beitragsversprechen und Spenden				
- Ertrag aus Beitragsversprechen	+	347'083.25	+	328'532.80
- Ertrag aus zweckgebundenen Spenden	+	116'388.00	+	112'554.70
- Ertrag aus zweckgebundenen Spenden Institutionen	+	135'695.25	+	132'978.10
		95'000.00		83'000.00
Aufwendungen Unterstützungsaktionen				
- Unterstützungen an Partnerorganisationen	-	366'646.64	-	319'459.81
- Kosten Projektbearbeitung	-	287'212.19	-	250'465.91
- Kosten Informationsaufwand	-	55'610.20	-	48'331.25
		23'824.25		20'662.65
Entnahmen (+) / Einlagen (-) Rückstellungen				
- Entnahmen	+	19'563.39	-	9'072.99
- Einlagen	+	103'266.84	+	140'606.41
		83'703.45		149'679.40
Diverser Stiftungsertrag – Resultat	0.00	0.00	-	752.85
- Ausserordentlicher Ertrag (+) / Aufwand (-)		0.00		752.85
Jahresergebnis	+	8'009.18	-	8'540.06

Unterstützungen an Partnerorganisationen

		Gewerkschaften, Arbeitsrechte	Frauenrechte, Gleichstellung	Rechtshilfe	Menschenrechte	Demokratie	Frieden	Landfrage Lebensgrundlagen
<i>Afrika:</i>								
Ägypten – Hausarbeiterinnen	25'000.00	x	x					
Kamerun/Nigeria – Gegen Palmöl	13'209.60			x				x
Sambia – Sauberes Wasser	7'200.00				x			x
Südafrika – Hausarbeiterinnen	3'800.00	x	x					
Südafrika – Recht auf Wohnen	7'000.00			x	x			
Togo – Mobilisierung Demokratie	5'828.50	x				x		
Togo – ILO-Teilnahme/Rechtshilfe	7'221.60	x	x					
Togo – Hausarbeiterinnen	4'702.80	x	x					
<i>Asien / Osteuropa:</i>								
Malaysia – Gegen Palmöl	16'000.00			x				x
Myanmar – Gewerkschaftsfreiheit	2'013.50	x	x					
Pakistan – Heimarbeiterinnen	421.40	x	x					
Türkei – Unabhängige Medien	19'109.00				x	x		
Türkei – Frauenmedien	20'039.20		x			x		
Türkei – Solidar. Akademien	9'034.42				x	x		
Türkei – Div. Informationsarbeit	3'331.55				x	x		
<i>Lateinamerika:</i>								
Brasilien – Mobilisierung Landlose	12'000.00				x			x
Brasilien – Hausarbeiterinnen	22'000.00	x	x					
Kolumbien – Frauenfriedenstag	11'446.14		x				x	
Kolumbien – Menschenrechte	8'681.40				x		x	
Kolumbien – Alternative Medien	5'626.80					x	x	
Kolumbien – Gegen Extraktivismus	23'000.00						x	x
Kolumbien – Versammlung	21'000.00					x	x	
Kleinstunterstützungen	2'800.00							
Total	250'465.91							

Bericht der Revisionsstelle

zur Eingeschränkten Revision an den Stiftungsrat des Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt, Neuenburg (Solifonds)

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) der Stiftung Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (Solifonds) für das am 30. September 2018 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Stiftungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Stiftungsurkunde entspricht.

Gelterkinder, 24. Oktober 2018

BERO Treuhand AG,
Roland Laube, Dipl. Wirtschaftsprüfer

Kommentar zur Jahresrechnung

Bilanz und Jahresrechnung richten sich nach den Vorschriften des eidgenössischen Rechnungslegungsrechts.

Die Jahresrechnung 2017/2018 schliesst mit einem Fehlbetrag von 8'504 Franken. Dieses unerfreuliche Resultat hat vor allem einen Grund: Wir konnten im Berichtsjahr mit insgesamt 250'466 Franken weniger Unterstützungszahlungen leisten als in den Vorjahren (2017: 287'212). Dies hatte Auswirkungen auf die Einnahmen für Projekt- und Informationsarbeit, welche betragsmässig von den Projektzahlungen abhängen und um 10'440 Franken tiefer ausfielen. Ein wesentlicher Grund für die tieferen Überweisungen liegt darin, dass die internationalen Überweisungen laufend erschwert werden, sei es durch die Kontrolle unserer Partnerorganisationen durch staatliche Stellen, sei es durch die Kontrolle durch die

Banken. Als Folge der Überweisungsschwierigkeiten nahmen dagegen die aktionsgebundenen Rückstellungen um knapp 43'000 Franken zu.

Der Aufwand für die Personalkosten fiel leicht tiefer aus als im Vorjahr, während jener für den Betrieb und die Informationsarbeit sich im Rahmen des Vorjahrs bewegt. Auf der Einnahmenseite sanken die einbezahlten Beitragsversprechen auf 112'555 Franken (Vorjahr: 116'388) wie auch die zweckgebundenen Spenden 132'978 Franken (Vorjahr: 135'695). Die zweckgebundenen Zuwendungen von Institutionen gingen auf 83'000 Franken (Vorjahr: 95'000) zurück. Erfreulich waren mit 110'303 Franken die freien Spenden. Gesamthaft gingen die Spendeneinnahmen von 470'000 (2017) auf 439'000 Franken zurück. Da der SOLIFONDS die gesamten Aufwendungen

für seine Solidaritätsarbeit mit Spenden finanziert, ist dies eine zunehmende Herausforderung für die kommende Zeit.

Wie einleitend zu diesem Jahresbericht erwähnt, sind die finanziellen Unterstützungen des SOLIFONDS der wichtigste Teil unserer Solidaritätsarbeit. Sie sind in der Jahresrechnung und der dazugehörigen Zusammenstellung ausgewiesen. Politische Unterstützungen, Vernetzungs- und Informationsarbeit oder die Prüfung von Gesuchen, die nicht weiter verfolgt werden, sind aber genauso Teil der Aufgaben der Geschäftsstelle wie die Administration und sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Dieser nicht unbedeutende Teil der Solidaritätsarbeit kann in der Jahresrechnung nicht als Unterstützung an die Partnerorganisationen ausgewiesen werden und kommt damit nur indirekt zum Ausdruck.

Danke !

Unseren Beitragsversprechenden und unseren Spenderinnen und Spendern, den Stiftungen Berti Wicke, Crain-Zivy, GlobalLokal sowie dem SAH-Personalsolifonds danken wir, auch im Namen unserer Partnerorganisationen, ganz herzlich für ihre Unterstützung.

Die Stiftung SOLIFONDS

Der SOLIFONDS bezweckt laut Stiftungsurkunde, «den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt und den Kampf um die Erringung und Gewährleistung der Menschenrechte, insbesondere der politischen und gewerkschaftlichen Grundrechte in der ganzen Welt, zu unterstützen sowie darüber in der Schweiz zu informieren».

Die Stiftung wird getragen vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB, der SP Schweiz, von Solidar Suisse/SAH und den entwicklungspolitischen Organisationen Afrika-Komitee, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK), Centre Europe–Tiers Monde (CETIM), Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (FEPA), Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Public Eye, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Sahraische Volk (SUKS), Zentralamerika-Sekretariat.

SOLIFONDS – Informationsbulletin Nr. 110

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt» – SOLIFONDS

Redaktion:

Aurora García, Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, CO₂-neutral)

SOLIFONDS, Quellenstr. 25, Postfach, 8031 Zürich

Dem Stiftungsrat gehören an:

SGB:

Luca Cirigliano, Zoltan Doka**, Dan Gallin*, Hans Schächli (Präsident)

SPS:

Olga Baranova**, Rosmarie Joss*, Mattea Meyer*, Jean Christophe Schwaab*, Cédric Wermuth

Solidar Suisse/SAH:

Mario Carera, Bruno Gurtner, Anja Ibkendanz

Mitstifter:

Thomas Braunschweig (Public Eye)*, Dieter Drüssel (Zentralamerika-Sekretariat), Barbara Müller (Afrika-Komitee), Ingeborg Schwarz** (CETIM), Stephan Suhner (ASK)

Koordination:

Aurora García, Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann

Buchhaltung: Bianca Miglioretto

* bis Ende 2017

** ab 2018